

Stuttgart, den 29.03.2022

Offener Brief

Empfänger:

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Innenminister des Landes Baden-Württemberg Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart Polizeipräsident der Stadt Stuttgart Stuttgarter Nachrichten, Stuttgarter Zeitung, Intendant des SWR

Linksextremistischer Angriff auf AfD-Infostand in S-Vaihingen

Was ist aus unserem Land geworden?

Am Samstag, den 26.3.2022 hat der Kreisverband der AfD Stuttgart gemeinsam mit der Jungen Alternative einen angemeldeten Infostand durchgeführt. Dieser Stand wurde gegen 12.45 Uhr von etwa 15 Personen aus dem Kreis der sogenannten "Antifa" angegriffen. Es kam zu tätlichen Angriffen gegen AfD-Mitglieder.

Nach dem Angriff hat die Antifa lautstark im Rahmen einer sogenannte Spontandemo weiter gegen die AfD gehetzt und Stimmung gemacht. Der Infostand war angemeldet. Die Polizei war sporadisch anwesend. Die Beamten vor Ort haben weder den Infostand vor Angriffen geschützt, noch sind sie gegen die tätlichen Angriffe eingeschritten, noch haben sie die lautstarke Hetze nach dem Angriff unterbunden.

Der Kreisvorstand Stuttgart der AfD verurteilt diese Geschehnisse auf das Schärfste. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen für den Verfall der politischen und sozialen Kultur, dass ein solcher Angriff stattfindet, dass die Polizei nicht sofort entschlossen dagegen vorgeht und dass nach dem Angriff noch öffentlich lautstark gegen Mitbürger gehetzt wird. Es ist unverkennbar, dass der politische Diskurs durch Gewalt verhindert werden soll. Gewalt gegen Menschen kann Argumente nicht ersetzen.

Es ist erstaunlich, dass dieser Angriff bisher keinerlei Verurteilung durch die Repräsentanten des Staates oder durch die Medien erfahren hat. Wir fordern die Medien auf, sich des Vorfalls anzunehmen und darüber zu berichten. Wer heute über diese Vorgänge schweigt, legitimiert Gewalt.

Wir fordern die Polizei auf, den Vorfall und insbesondere die Untätigkeit der anwesenden Beamten zu untersuchen und über die Ergebnisse zu berichten. Wir fordern den Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart auf, öffentlich in aller Klarheit den Angriff zu verurteilen. Wir fordern die Landesregierung und namentlich Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Strobl auf, alles zu tun um derartige Terrorakte linksextremer Gruppen zu unterbinden.

Wir sehen die Verantwortung für den Angriff bei einer politischen Führung, die ein Klima der Ausgrenzung und Gewalt gegen die AfD ermöglicht und fördert. Wenn der Respekt vor den Mitmenschen verloren geht, ist eine weitere Spaltung der Gesellschaft unvermeidbar.

Wir als Kreisvorstand der AfD wollen eine Kultur des Respekts und der freien Diskussion, denn nur auf diesem Weg ist freiheitliche Meinungsbildung möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Mürter

Sprecher Kreisverband Stuttgart

Dr. Dirk Spaniel

Sprecher Kreisverband Stuttgart